bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 06 | 14. März 2008

Rechte Szene 2

Schadensbegrenzung
In München ist die „Bürgerbewegung“ grandios gescheitert – „pro Köln“ und „pro NRW“ gehen auf Distanz zu dem bayerischen Ableger.

„Unerträgliche Propaganda“
Gegen JN-Anhänger wird unter anderem wegen Volksververhetzung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland ermittelt.

Geschichtsverfälscher
Für das vom Verbot bedrohte „Collequium Humanum“ gibt es bereits einen Auffangverein – auch Gelder sollen umgeschichtet worden sein.

Parlamentarische Störer
Die NPD-Abgeordneten in Mecklenburg-Vorpommern sind Spitzenreiter bei Ordnungsrufen im Landtag.

Illustre Kandidaten
NPD tritt zu den Landratswahlen in Mecklenburg-Vorpommern an.

Ausland 6

Sonniges Exil
Die rechtsextreme Szene in Spanien unterhält enge Kontakte zur NPD. Justizflüchtige Holocaust-Leugner und Altnazis verbringen auf der iberischen Halbinsel ihren Lebensabend.

Sichtbarer Niedergang
Der rechtsextreme Front National konnte sich bei den französischen Kommunalwahlen nicht durchsetzen.

Weltweites Netz 9

Virtueller Lenker
Der gebürtige Belgier Brun d'Aubignosc ist Medienberater und Webmaster bei zahlreichen rechtsextremen Online-Auftritten. Öffentliche Auftritte meidet er nach Möglichkeit.

Einblicke 10

Überkommenes Rollenbild
Die heutige extreme Rechte orientiert sich am Frauen- und Familienbild der NS-Zeit.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Blutige Vergangenheit
Die Gebirgsjäger verübten im Zweiten Weltkrieg in Italien und Griechenland besonders grausame Massaker.

Meldungen 12

Rechte Szene

Schadensbegrenzung

In München ist die „Bürgerbewegung" grandios gescheitert – „pro Köln" und „pro NRW" gehen auf Distanz zu dem bayerischen Ableger.

Im Nachhinein hat Markus Beisicht, in Personalunion Vorsitzender von „pro Köln" und „pro NRW", es scheinbar schon gewusst: Das Experiment, das Rezept der rechtspopulistischen „Bürgerbewegungen" aus Nordrhein-Westfalen auf Bayerns Landeshauptstadt zu übertragen, musste misslingen. Lediglich 0,9 Prozent der Wähler gaben am 2. März „Pro München" ihre Stimme. Für einen Sitz im Stadtrat reichte das nicht. Die Rechtsaußen-Konkurrenz von der NPD-nahen „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) zog mit 1,4 Prozent locker an der „Pro"-Truppe vorbei, die sich noch eine Woche zuvor großspurig „auf der Zielgeraden ins Rathaus" gesehen hatte.

Doch Beisicht hat es vorher gewusst, nimmt man eine Pressemitteilung für bare Münze, aus der die „Junge Freiheit" anderntags in ihrem Online-Auftritt zitierte. Der Versuch „einiger weniger", das „Erfolgsmodell" von „pro Köln" auf München auszuweiten, sei zum Scheitern verurteilt gewesen, da man dort weder „ausreichende Vorarbeiten" geleistet, noch über die „notwendigen personellen und materiellen Ressourcen" verfügt habe. Wer mit den „einigen wenigen" unter anderem gemeint war, ließ Beisicht auch durchblicken: die „Bürgerbewegung pro Deutschland" seines Kölner Mitstreiters Manfred Rouhs, die einer Expansion über die Landesgrenzen hinaus offener gegenüberstand als „pro NRW". Das Konzept, sich auf NRW zu konzentrieren, habe sich als richtig erwiesen, so Beisicht.

Auf den Internetseiten von „pro Köln" und „pro NRW" findet man die Pressemitteilung, aus der die „Junge Freiheit" zitierte, nicht. Möglicherweise, weil irgendjemand Beisicht daran erinnerte, dass es keinesfalls allein Rouhs war, der auf die Karte „Pro München" gesetzt hatte. Vergessen hatte er offenbar den Auftritt der „pro Köln"-Fraktionschefin Judith Wolter und des „pro NRW"-Generalsekretärs Markus Wiener im Juni 2007 in München, als beide vor einem Transparent mit der Aufschrift „PRO München + PRO Köln – für die Bürger unserer Heimatstädte" für das „pro"-Konzept warben. Noch am 10. Januar hatte „pro Köln" stolz über die Wahlkampfunterstützung durch Helfer aus dem Rheinland berichtet, darunter „pro NRW"-Landesgeschäftsführer Bernd M. Schöppe. München sei „geradezu prädestiniert für eine Übernahme unserer Inhalte und unseres Konzeptes", meinte noch sieben Wochen vor der Wahl „pro Köln". Wiener war es auch, der sich etwas mehr als eine Woche vor dem Urnengang noch einmal in München einschaltete und die „phänomenale Leistung" der Wahlkämpfer bewunderte. Selbst in eigener Sache bewies Beisicht ein schlechtes Gedächtnis: Während er nun den Wahlantritt als „schweren strategischen Fehler" abqualifizierte, hatte er sich noch im Januar mit Blick auf München mit den Sätzen zitieren lassen: „Uns freut es immer, wenn Patrioten in Deutschland oder ganz Europa Ideen von uns für brauchbar halten und sich mit ähnlichen Inhalten und Strategien wie wir sie haben an die Bürger wenden. Soweit dies in unseren Kräften steht, unterstützen wir solche Anliegen."

Möglicherweise waren ihm all diese rheinisch-bayerischen Freundschaftsbekundungen wieder in den Sinn gekommen, als er gegenüber der „Jungen Freiheit" die Aussagen der Pressemitteilung vom 3. März etwas abschwächte. An der Grundaussage wollte er aber festhalten: Er lasse es nicht zu, dass das Wahlergebnis „pro Köln" und „pro NRW" angelastet werde. Damit hätte Beisicht ein ernstes Problem: Eine „Bürgerbewegung", die in NRW immer neue Erfolgsmeldungen über Mitgliederzahlen oder die Gründung weiterer Ableger verbreitet, darf nicht mit der Münchner Schlappe in Verbindung gebracht werden. Und: In einer Millionenstadt wie München von einer NPD-Liste abgehängt zu werden, ist besonders peinlich für Rechtspopulisten, die sich als demokratisch saubere Stimme der schweigenden Mehrheit gerieren und die der NPD bescheinigen, „ghettoisierte Rechtsextremisten" zu sein und „gestrige politische Inhalte" zu propagieren. Die angeblich von Erfolg zu Erfolg eilenden „pro"-Oberen müssen sich nun ausgerechnet von der schwächlichen NPD Bayern sagen lassen, „der authentisch nationale Politikansatz" habe sich durchgesetzt, als die BIA an der „alibipatriotischen" Konkurrenz vorbeizog. Von „pro" lernen heißt siegen lernen? Den Beweis dafür hat die „Bürgerbewegung" in Bayern jedenfalls nicht erbracht. *Tomas Sager*

„Unerträgliche Propaganda“

Gegen JN-Anhänger wird unter anderem wegen Volksververhetzung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland ermittelt.

Im Zusammenhang mit zwei Ermittlungsverfahren wurden jetzt mehrere Wohnungen von Angehörigen der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Sachsen-Anhalt und anderen Bundesländern durchsucht. Auch die JN-Bundes- und Landesgeschäftsstelle in Bernburg bekam Besuch von der Polizei.

In Bernburg in Sachsen-Anhalt wurden am 10. März die Bundes- und die Landesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten durchsucht. Hintergrund waren nach Angaben der Polizei zwei Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, die sich nach Mitteilung der Magdeburger Polizei gegen drei Mitglieder des NPD-Nachwuchses richten. Zeitgleich zu den Durchsuchungen in Bernburg gab es weitere in Wohnungen der Beschuldigten in Schwerin und in Kasel bei Trier (Rheinland-Pfalz). Neben den JN-Geschäftsstellen wurde auch in Bernburg eine Wohnung durchsucht. Die in Bernburg eingesetzten rund 50 Beamten stellten Tonträger und Vertriebsunterlagen fest.

Bei den Beschuldigten handelt es sich um einen 26- und einen 31-Jährigen, die auf den Internetseiten der JN-Gruppen Staßfurt und Schönebeck den Text eines verbotenen Liedes veröffentlicht haben. Dieses Verfahren war auch Grund für die Razzien in den anderen Bundesländern, in denen die Beschuldigten Wohnungen angemeldet haben. Ermittelt wird auch gegen einen 29-Jährigen, weil er über einen Versandhandel Gegenstände mit verbotenen Kennzeichen und strafrechtlich relevante CDs verkauft haben soll. Diese Geschäfte sind nach Polizeiangaben auch über die JN-Bundesgeschäftsstelle in Bernburg abgewickelt worden.

Die NPD-Jugendorgansisation hatte im Oktober 2007 beschlossen, ihren Arbeitsschwerpunkt von Sachsen nach Sachsen-Anhalt zu verlegen. Zeitgleich wurde der Beschluss gefasst, die Bundesgeschäftsstelle der JN ins sachsen-anhaltische Bernburg zu verlegen. Eine nur folgerichtige Entscheidung, wird doch der JN-Bundesvorstand seit den jüngsten Wahlen von Mitgliedern des NPD-Nachwuchses aus Sachen-Anhalt dominiert.

Eines der Ermittlungsverfahren geht auf eine Strafanzeige des Vereins Miteinander e.V., der Jüdischen Gemeinde Halle sowie der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten zurück. Aufgrund dieser Anzeige hat der Staatsschutz Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung, des Werbens für und der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland und anderer Delikte eingeleitet.

Nach Angaben von Miteinander e.V. sind in diesem Verfahren der Stützpunktleiter der JN in Halle/Saale sowie Markus G., Mitglied im NPD-Landesvorstand von Sachsen-Anhalt beschuldigt. Beide wohnten bis vor kurzem in der Delitzscher Straße in Halle. Von ihrer Wohnung aus wurden schon seit Monaten zahlreiche rechtsextreme Aktivitäten organisiert. Konkreter Gegenstand der Anzeige sind zwei rechtsextreme Internet-Seiten sowie die vermutete Tätigkeit von G. als Geschäftsführer des rechtsextremen Versandhandels. In beiden Fällen wurden und werden Texte veröffentlicht beziehungsweise Artikel zum Kauf angeboten, die volksverhetzenden und den Nationalsozialismus verherrlichenden Charakter tragen. Unter anderem wird zu Gewalt und Mord an Juden sowie politischen Gegnern aufgefordert. Gleichzeitig werden mit Sprüchen wie „Buchenwald statt Disneyland“ der Holocaust verharmlost und seine Opfer verhöhnt. Zudem wird auf den Seiten zum Kampf gegen Israel und der Unterstützung der Hamas aufgerufen.

„Auf den betreffenden Internet-Seiten wurde und wird unerträgliche, antisemitische, rassistische und nationalsozialistische Propaganda betrieben“, erklärte ein Sprecher von Miteinander e. V. „Deshalb haben wir uns zu der gemeinsamen Strafanzeige mit der Jüdischen Gemeinde Halle und der VVN/BdA entschlossen.“ Die in dem besagten Versandhandel angebotenen Gegenstände würden zudem den engen und positiven Bezug von NPD und JN zum Nationalsozialismus verdeutlichen.

Seit Monaten finden in Bernburg regelmäßig von einem breiten Bündnis gegen Rechts organisierte Demonstrationen statt, die sich gegen die Präsenz der Bundesgeschäftsstelle der JN in der Stadt richten.

Eberhard Löblich

Geschichtsverfälscher

Für das vom Verbot bedrohte „Collequium Humanum" gibt es bereits einen Auffangverein – auch Gelder sollen umgeschichtet worden sein.

Es könnte ein Verbot mit Ansage werden. Am 25. Februar meldete das Magazin „Focus", Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wolle „in Kürze" zwei rechtsextreme Vereine in Nordrhein-Westfalen verbieten. Anfang März existierten die Vereine um die zweifach verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck aus Vlotho zwar noch, aber die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU plant jetzt einen Antrag auf Verbot des „Collegium Humanum – Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V." (CH), sowie des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten" (VRBHV) in den Bundestag einzubringen. Auch die Grünen hatten zuvor ein Verbot gefordert, um einem zentralen Sammelpunkt der Holocaust-Leugner ein Ende zu bereiten. Wolfgang Spanier, SPD-Bundestagsabgeordneter in Ostwestfalen erinnerte in einer Aussprache an die „überregionale Ausstrahlung des Collegium Humanum". Denn es werde „bundesweit von NPD-Anhängern, militanten Neonazis, Auschwitz-Leugnern und Nationalrevolutionären genutzt".

Ursula und Werner Georg Haverbeck gründeten das CH bereits 1963 im Gebäude einer ehemaligen Heimvolkshochschule, abgelegen an der Bretthorststraße 204, hoch oben über dem idyllischen Weserstädtchen. Über 50 Jahre stand die 1929 geborene Haverbeck im politischen Schatten ihres Ehemannes, der in der NS-Zeit zeitweilig in der Reichsleitung der NSDAP beschäftigt war. Nach dessen Tod übernahm die fanatische Hitler-Verehrerin die Leitung und führte das CH aus seiner politischen Bedeutungslosigkeit im extrem rechten Lager heraus zu einem internationalen Treffpunkt für Holocaust-Leugner. Der Trägerverein galt Jahre lang als gemeinnützig, Spenden für Revionisten also steuerlich begünstigt.

Zum engsten politischen Umfeld von Haverbeck zählen mehrfach verurteilte Rechtsextremisten wie Horst Mahler, Manfred Roeder, Ernst Zündel und Germar Rudolf. Über Jahre hinweg bauten Haverbeck und ihre Anhänger ein verschachteltes Vereinsnetzwerk auf, in dem sich vom Professor, von der Schauspielerin, dem Chefarzt, dem Steuerberater bis hin zum Architekten auch angesehene Persönlichkeiten betätigen. Die Fraktion der Grünen warnt: „Das CH weitet seinen Einfluss auf die Gesellschaft systematisch aus."

Einerseits wird aus den Reihen des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten" offen gefährliche Geschichtsverfälschung betrieben, andererseits galten Haverbeck-nahe Organisationen wie der „Verein Gedächtnisstätte" in Sachsen bis vor kurzem offiziell als nicht rechtsextrem. Als Anhänger aus den Reihen dieses Vereines 2005 ein 10 500 Quadratmeter großes ehemaliges Bergbaugelände in Borna ersteigerten, wollte das sächsische Innenministerium nichts davon wissen, dass dort ein „Eldorado für Holocaust-Leugner" geschaffen werden solle. Neben Haverbeck und Mahler sorgte ein illustrer Kreis aus Akademikern und Unternehmern für die Finanzierung des Projektes zur Bildung einer „Erinnerungsstätte für deutsche Kriegsopfer". Aber auch jüngere Neonazis nutzen das Gelände inzwischen für ihre Zusammenkünfte. So feierte die Kameradschaft „Freie Kräfte Leipzig" dort 2007 ihr Sommerfest mit „80 jungen, deutschen Freiheitskämpfern". Anfang Dezember 2007 warb der Verein Gedächtnisstätte mit einer eigenen Beilage in der „Jungen Freiheit" um Spenden. Anfang März rückte jetzt endlich Sachsens Justizminister Geert Mackenroth das offizielle Bild des Vereins zurecht und warnte: „Der Personenkreis um die Initiatoren der Gedenkstätte" in Borna lasse befürchten, „dass hier Rechtsextreme das Andenken an die Opfer dazu missbrauchen, Unterstützung für die Verdrehung unbezweifelbarer historischer Tatsachen und extreme nationalistische Positionen zu erlangen".

Die Holocaust-Leugner um Haverbeck könnten dem angekündigten Verbot ihres Vereins in Vlotho mit einiger Gelassenheit entgegen sehen, denn Vorsorgen wurden bereits getroffen. Mit dem großen Gebäude in Borna bestände auch eine Ausweichlokalität. „Mit dem Collegium Humanum würde man nur eine leere Hülle verbieten", so Gerd Alt vom Verein „Argumente und Kultur gegen Rechts" in Ostwestfalen. Denn es gäbe auch bereits einen weiteren „Auffangverein": die „Bauernhilfe e.V.", eine rechtsökologische Organisation mit Sitz in Söhrewald bei Kassel. Nach Recherchen der „Frankfurter Rundschau" gibt es

nicht nur personelle Überschneidungen, sondern das Grundstück in Vlotho, auf dem das rechtsextreme Studienzentrum steht, sei bereits im August 2006 an die „Bauernhilfe" übertragen worden. Bei einer Jahreshauptversammlung im Juni 2004 sei intern beschlossen worden, dass die „Bauernhilfe" das CH übernehmen solle. Ende 2005 stand die Übernahme noch nicht fest, da dem Kasseler Verein die Anerkennung der Gemeinnützigkeit aberkannt worden war. Medien, auch der „blick nach rechts" warnten vor den scheinbar geplanten finanziellen Transaktionen der Neonazis um Haverbeck, mit dem möglichen Ziel, ihr Vereinsvermögen zu retten. Auch Verfassungsschutzbehörden bestätigen inzwischen, dass in letzter Zeit „Geld in Tranchen umgeschichtet" worden sein soll – auf das Konto des harmlos klingenden Vereins „Bauernhilfe e.V.".

Andrea Röpke

Parlamentarische Störer

Die NPD-Abgeordneten in Mecklenburg-Vorpommern sind Spitzenreiter bei Ordnungsrufen im Landtag.

Um für gesittete Debatten im Landtag zu sorgen, stehen dem Präsidium laut den Paragraphen 97 bis 102 der Geschäftsordnung verschiedene Instrumente zur Verfügung. Seit dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist die Zahl der Ordnungsmaßnahmen regelrecht explodiert.

Ein Ordnungsruf wird eingesetzt, wenn ein Mitglied des Landtages die „Würde und Ordnung des Hauses verletzt". Er soll dazu dienen, die sachliche Debatte in der Parlamentsarbeit zu gewährleisten. Wurde ein Mitglied des Landtages während einer Sitzung dreimal zur Ordnung gerufen, so kann ihm das Präsidium für die gesamte Landtagssitzung das Wort entziehen. Kommt es zu einer groben Verletzung der Ordnung, kann das Präsidium den betroffenen Abgeordneten von der Landtagssitzung ganz ausschließen, auch wenn zuvor kein Ordnungsruf gegen ihn ausgesprochen wurde.

Die NPD-Abgeordneten sind in Sachen Ordnungsmaßnahmen die absoluten Spitzenreiter. Während in der letzten Wahlperiode von diesem Mittel lediglich vereinzelt Gebrauch gemacht wurde, übertrifft der aktuelle Stand der Ordnungsrufe die Werte der vergangenen Legislaturperiode um ein Vielfaches. Bisher wurden insgesamt 105 Ordnungsrufe erteilt. Dabei entfielen 98 Ordnungsrufe auf die NPD und nur sieben auf alle anderen demokratischen Fraktionen. Keine korrekte Ansprache des Plenums, keine angemessene Kleidung, Beleidigungen gegenüber Mitgliedern des Landtags oder anderer Personengruppen sowie Kritik an der Amtsführung des Präsidiums gelten dabei unter anderem als Verstoß gegen die Ordnung des Landtages.

Der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion, Udo Pastörs, erhielt seit Beginn der Legislaturperiode 37 Ordnungsrufe und führt damit die Rangliste der parlamentarischen Störer unangefochten an. Ihm wurde außerdem einmal das Wort entzogen und dreimal schloss ihn das Präsidium gar von der Sitzung völlig aus.

Auf den Parlamentarier und NPD-Landesvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern Stefan Köster entfielen bisher 23 Ordnungsrufe, ihm wurde zweimal das Wort entzogen und er wurde ebenso oft von der Sitzung ausgeschlossen.

Der NPD-Abgeordnete Raimund Borrmann wurde zweimal von der Sitzung ausgeschlossen. Das Mittel des Ordnungsrufs wurde 19 Mal gegen ihn eingesetzt. Er erhielt die Ordnungsrufe in den meisten Fällen für die demonstrativ eingesetzte, falsche Anrede des Landtages mit „Bürger des Landes".

Michael Andrejewski wurde bisher zweimal des Saales verwiesen und vom Präsidium mit neun Ordnungsrufen bedacht. Ebenso viele Ordnungsrufe entfielen auf seinen Fraktionskollegen Tino Müller. Er musste je einmal den Sitzungssaal verlassen und den Verlust des Rederechts hinnehmen.

Einzig Birger Lüssows Ordnungsrufsweste ist noch ziemlich weiß. Der NPD-Landtagsabgeordnete zog erst einen einzigen Ordnungsruf auf sich und dokumentiert damit auch während der Plenarsitzungen seine weitestgehende parlamentarische Inaktivität.

Mathias Brodkorb/Claudia Naujoks

www.endstation-rechts.de

Illustre Kandidaten

NPD tritt zu den Landratswahlen in Mecklenburg-Vorpommern an.

Zu den Landratswahlen in Mecklenburg Vorpommern schickt die NPD zwei eigene Kandidaten ins Rennen. Im Landkreis Ludwigslust will der NPD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Stefan Köster bei der Wahl am 18. Mai Landrat werden. Köster wurde im März 2007 vom Landgericht Itzehoe im Berufungsverfahren zu einer Geldstrafe in Höhe von 5400 Euro verurteilt. Köster war beschuldigt worden, während des Landtagswahlkampfes 2004 im schleswig-holsteinischen Steinburg auf eine wehrlos am Boden liegende Frau eingetreten zu haben.

„Drohende Überfremdung“

Der NPD Parlamentarier Michael Andrejewski ist Landratskandidat in Ostvorpommern, dort wird ebenfalls am 18. Mai gewählt. Andrejewski zog 2003 von Hamburg in eine Plattenbauwohnung im ostvorpommerschen Anklam. Seit der Kommunalwahl 2004 ist Andrejewski Mitglied des Kreistages und der Anklamer Stadtvertretung. Für den Einzug in die Parlamente reichten 4,2 (Kreistag) beziehungsweise 8 Prozent der Wählerstimmen für die Stadtvertretung. Das Wahlergebnis sicherte der NPD zwei Sitze im Stadtparlament, Andrejewski war aber der einzige Kandidat der rechtsextremen Partei. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September 2006 erzielte Andrejewski rund 13 Prozent der Erststimmen. Andrejewskis politisches Ziel „Durch andauernde kommunale Arbeit eine solide Basis für eine nationale Alternative schaffen, die einst das herrschende Parteiensystem ablösen soll“. Im gebeutelten strukturschwachen Ostvorpommern meint er, den rechten Nährboden gefunden zu haben.

Beide NPD-Kandidaten eint „der Widerstand gegen die auch in Mecklenburg und Vorpommern drohende Überfremdung“. Der Anteil der Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, beträgt etwa zwei Prozent. Am 8. April dieses Jahres entscheiden die Wahlausschüsse in dem Bundesland über die Zulassung der Kandidaten.

Thomas Niehoff

Ausland

Sonniges Exil

Die rechtsextreme Szene in Spanien unterhält enge Kontakte zur NPD. Justizflüchtige Holocaust-Leugner und Altnazis verbringen auf der iberischen Halbinsel ihren Lebensabend.

Nazigegner verhinderten am 29. Februar dieses Jahres eine Demonstration der aggressiven neonazistischen Gruppierungen „Nacion y Revolucion“ und „Combat Espana“ im migrantisch und alternativ geprägten Madrider Stadtteil Lavapies. Die Neonazis, von denen mehrere mit dem Hitlergruß provozierten, mussten nach wenigen Minuten ihren Aufmarsch beenden. Aufmarschiert waren sie anlässlich der spanischen Parlamentswahlen am 9. März. Über die verhinderte Neonazi-Kundgebung wurde auch in bundesdeutschen Medien berichtet.

Für europaweite Schlagzeilen hatte zuvor ein rechtsextrem motiviertes Tötungsdelikt in der spanischen Hauptstadt gesorgt. Am 11. November 2007 wurde der 16-jährige Antifaschist Carlos Javier Palomino auf dem Weg zu einer Demonstration gegen einen Aufmarsch der Jugendorganisation der rechtsextremen Partei „Democracia Nacional“ (DN) im Madrider Stadtteil Usera mit einer Machete erstochen. Täter war der 24-jährige Berufssoldat Josue Estebanez de la Hija. Nach dem Tod Palominos forderten 5000 Menschen bei einem Trauermarsch das Verbot rechtsextremer Parteien. Anhänger der „Democracia Nacional“, die von Manuel Canduela Serrano aus Valencia geführt wird, sind bekannt für Übergriffe auf Andersdenkende und Ausländer. Mehrfach machten DN-Aktivisten Jagd auf Einwanderer.

Die DN gilt in Polizeikreisen als die „bestorganisierte Partei“ der 10 000 Köpfe zählenden rechtsextremen Szene in Spanien. Als einzige Partei in Spanien protestierte die DN öffentlich gegen das Anfang 2001 eingeleitete Verbotsverfahren gegen die deutsche NPD. Mitte November 2000 hatte die DN eine Konferenz zum Thema „Warum will man die NPD verbieten? Ein Prozess gegen die Meinungsfreiheit“ durchgeführt. Im April 2003 meldete sich im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ Rafael Ripoll, DN-Auslandsbeauftragter, zu Wort. Ripoll zeigte sich befriedigt über die „Beendigung des Prozesses zur Illegalisierung der NPD“: „Die

Wahrheit hat sich zum Glück den Weg gebahnt, wie es nicht anders sein sollte, und aus Spanien ermutigen wir die Männer und Frauen der NPD, ihren Kampf für die richtige Demokratie und das Europa der Nationen weiterzukämpfen."

Alljährlich veranstaltet die DN eine so genannte Sommeruniversität. Für die NPD Rheinland-Pfalz war dort im Juni 2006 in Valencia Peter Malborn vor Ort. Malborn, 2005 NPD-Direktkandidat in Bonn, residiert zwischenzeitlich als Reverend der „Weltenbeweger Kirche" im schweizerischen Davos, dem deutschsprachigen Zweig der US-amerikanischen Universal Life Church aus Modesto in Kalifornien. Mit von der Partie war in Valencia auch der italienische Rechtsextremist Roberto Fiore von der Forza Nuova (FN).

Entstanden ist die DN aus der in der Franco-Ära unter anderem von ehemaligen deutschen SS-Recken wie Walter Matthaei und Otto Skorzeny gegründeten und Ende 1993 aufgelösten Neonazi-Vereinigung „Circulo Espanol de Amigos de Europa" („Spanischer Kreis der Freunde Europas" 'Cedade'). Ziel der Cedade war die Einführung des Nationalsozialismus. Mitbegründer der DN war der langjährige Cedade-Führer Pedro Varela, der Kontakte zur NPD pflegt. Varela vertreibt über seinen Buchladen „Libreria Europa" in Barcelona weltweit holocaustleugnende Literatur. Befreundet war Varela mit dem einstigen SS-Sonderführer und Autor der „Auschwitz-Lüge", Thies Christophersen, der 1997 verstorben ist. In einem Schreiben vom 21. Oktober 1990, das bnr.de vorliegt, bot Varela dem damals in Dänemark wohnhaften deutschen Justizflüchtling an, „als ständiger Gast" nach Spanien zu kommen. Doch Christophersen blieb in seinem Unterschlupf und brachte weiterhin die antisemitische Hetzschrift „Die Bauernschaft" heraus.

Einige der seinerzeitigen Abonnenten der „Bauernschaft", Rolf Hanno, Theodor Soucek und Paul Hafner, leben heute noch in Spanien. Hanno trat in den letzten Jahren als Finanzier der deutschen rechtsextremen Szene, vornehmlich der NPD, in Erscheinung. Eigenbekunden zufolge war er bei der Wehrmacht und 1942/43 in Russland, meist in Kiew, eingesetzt. Der einstige Grazer Kaufmann Theodor Soucek wurde 1947 als Organisator einer Werwolfgruppe in der Steiermark verhaftet, 1948 zum Tode verurteilt und nach drei Jahren begnadigt. Soucek war in der HJ, NSDAP und SA-Oberscharführer. 1957 gründete er die kurzlebige rechtsextreme „Sozialorganische Ordnungsbewegung Europas" (SORBE). Der einstige SS-Obersturmführer Hafner steht in Spanien in Kontakt mit Wolfgang Jugler, ehemals Mitglied der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler".

Seit Jahrzehnten bereits lebt der deutsche Tischlermeister und Bauleiter Hans-Ernst Raack in Spanien. Unlängst bot er in der NS-apologetischen Zweimonatszeitschrift „Recht und Wahrheit" Baugrundstücke in Andalusien an. Raack machte Anfang der 90er Jahre mit Anzeigen in „Nation&Europa" sowie in der „Jungen Freiheit" auf sich aufmerksam. Angeboten wurde von ihm dabei eine „Verkaufsvermittlung mit fachkundiger Beratung und Renovierung von Villen, Häusern und Fincas" an der Costa del Sol. Ende der 90er Jahre gab Raack die „Mitteilungen" des rechtsextremen „Deutschen Rechtsbüros" heraus.

„Unsterblicher" Kriegsverbrecher

Im spanischen Exil lebten bis zu ihrem Tod die Justizflüchtlinge und Holocaust-Leugner Otto Ernst Remer sowie Leon Degrelle. Der 1997 verstorbene Remer, Generalmajor a.D., eine Ikone der deutschen Rechtsextremisten, hatte sich einer drohenden Gefängnisstrafe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass entzogen. Degrelle war unter Hitler Anführer der belgischen SS-Freiwilligen-Legion „Wallonie" und höchstdekorierter Ausländer (Eichenlaub zum Ritterkreuz). 1945 wurde der fanatische Antisemit in Belgien in Abwesenheit wegen Kollaboration mit dem Hitler-Regime und Kriegsverbrechen zum Tod verurteilt. Doch Spanien, das unter dem Franco-Regime politisches Exil gewährte, beantwortete alle Auslieferungsansuchen Belgiens nicht. Bei Rechtsextremisten in Deutschland genoss Degrelle bis zu seinem Tode im April 1994 hohes Ansehen. So hatte sich beispielweise das 1991 verstorbene bundesdeutsche Neonazi-Idol Michael Kühnen 1984 mit Degrelle in Madrid getroffen. Kühnen kürte Degrelle zum Ehrenvorsitzenden des „Komitees zur Vorbereitung der Feier des 100. Geburtstages von Adolf Hitler". Auch die rechtslastige Wochenzeitung „Junge Freiheit" würdigte Leon Degrelle. Nach dessen Tod schrieb die JF, dass dieser „ohne Zweifel zu den Unsterblichen" gehöre.

Anton Maegerle

Sichtbarer Niedergang

Der rechtsextreme Front National konnte sich bei den französischen Kommunalwahlen nicht durchsetzen.

Bei den in ganz Frankreich stattfindenden Kommunal- und Lokalwahlen am 9. und 16. März werden neben den Rathäusern die Bezirksparlamente – Conseils généraux – auf der Ebene der insgesamt 100 Départements neu besetzt. Für die extreme Rechte, die bei den Präsidentschafts- und insbesondere bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2007 ihren ersten ernsthaften Rückschlag und sogar Einbruch seit 25 Jahren zu verzeichnen hatte, war es der erste „Wahltest" seit dem Amtsantritt von Präsident Nicolas Sarkozy und seiner Regierung. Aufgrund ihrer prekär gewordenen finanziellen Situation konnte die Partei von Jean-Marie Le Pen allerdings von vornherein nicht flächendeckend antreten. In den mittleren und größeren Städten stellte der FN daher von vornherein nur 85 Listen auf, gegenüber rund 200 beim letzten Mal.

Im Vorfeld der Rathauswahlen hatte Parteichef Jean-Marie Le Pen drei Städte bezeichnet, deren Rathäuser für den FN gewinnbar seien: Hénin-Beaumont im nordfranzösischen früheren Bergbaurevier Pas-de-Calais, Noyon in der Picardie (im Bezirk Oise, der einen starken Anteil an rassistischen Wählern und dort angesiedelten, früheren Algerienfranzosen aufweist) sowie Cluses in Hoch-Savoyen in den ostfranzösischen Alpen.

Aber in keiner der drei Städte zeichnete sich ab, dass der FN für die Stichwahl Aussichten auf einen Wahlsieg hätte. In Hénin-Beaumont – einer Stadt von rund 30 000 Einwohnern, welche der FN seit Jahren als „Laboratorium" für eine vorgeblich „soziale" und bürgernahe Politik mit realer Verankerung vor Ort benutzt, nachdem er letztere andernorts inzwischen aufgegeben hat – erzielte die Liste des FN 28,53 Prozent. Ihr gegenüber erhielt der sozialdemokratische Bürgermeister Gérard Dalongeville schon im ersten Durchgang 43,09 Prozent.

Spitzenkandidat des FN in Hénin-Beaumont war Steeve Briois, der seit Jahren das örtliche Terrain kontinuierlich beackert, während die „Cheftochter" Marine Le Pen als Nummer zwei auf der Liste kandidierte. Im Falle eines – durch den FN angeblich fest „erwarteten" – Wahlsiegs in der früheren Arbeiterstadt hätte Marine Le Pen laut Ankündigungen der rechtsextremen Partei als „für die Sicherheit zuständige" Vize-Bürgermeisterin amtieren sollen.

In Noyon, das in einer stark rassistisch geprägten Zone rund 60 Kilometer nördlich von Paris liegt, erhielt der FN knapp 17 Prozent der Stimmen (16,98 %). Dieses Ergebnis muss jedoch in Relation zu den vorherigen gestellt werden. Bei den Rathauswahlen im Juni 1995 hatte die rechtsextreme Partei in dieser Stadt gut 44 Prozent der Stimmen erhalten, im März 2001 noch gut 30 Prozent. In beiden Fällen unterlag sie dann aber in der Stichwahl.

In den französischen Alpen erhielt die FN-Liste in Cluses (18 000 Einwohner) zwar 23,6 Prozent der abgegebenen Stimmen, landete damit aber nur auf dem dritten Platz. Ihr örtlicher Spitzenkandidat, der 46-jährige Dominique Martin, der laut eigenen Angaben nicht vor „Populismus" und „Demagogie" zurückschreckte und sich als Experte in – relativ kitschig daherkommenden – Werbemethoden darstellte, hatte im Vorfeld starke Hoffnungen bei seiner Partei und offenkundig bei sich selbst erweckt. Aussichten auf einen Wahlsieg besitzt er, nach dem ersten Durchgang, keine.

Gleichzeitig erlitt der FN einen sichtbaren Niedergang in früheren Hochburgen, wie etwa der Meeralpen-Metropole Nizza. Dort überschritt der FN in den frühen 90er Jahren noch locker die 40-Prozent-Marke. Am 9. März erhielt dort die Rathausliste des FN unter Spitzenkandidatin Lydia Schenardi noch 4 Prozent, jene der konkurrierenden aktivistisch-stiefelfaschistischen „Identitaires" unter Philippe Vardon ihrerseits 3 Prozent. In den 14 Tagen vor der Wahl hatten die beiden rechtsextremen Listen sich einen heftigen, teils gewalttätig ausgetragenen Konflikt geliefert. Dies ging bis hin zu einer Strafexpedition von mit Baseballschlägern bewaffneten FN-Anhängern gegen die rechtsextremen Konkurrenten. Gleichzeitig erzielte der bisherige Bürgermeister von Nizza, Jacques Peyrat (von 1972 bis 1994 beim Front National, ab 1996 „Neogaullist", dann UMP und nunmehr „Dissident" des bürgerlichen Lagers) seinerseits 23 Prozent der Stimmen.

Bernhard Schmid

Weltweites Netz

Virtueller Lenker

Der gebürtige Belgier Brun d'Aubignosc ist Medienberater und Webmaster bei zahlreichen rechtsextremen Online-Auftritten. Öffentliche Auftritte meidet er nach Möglichkeit.

Getragen von rasanten technischen Veränderungsprozessen ist das Internet in den letzten Jahren zum wohl zentralsten Element innerhalb des gegenwärtig von Rechtsextremisten genutzten „Medien-Mix“ avanciert. Ob als Mobilisierungsinstrument für Konzerte, als Vertriebskanal für das lukrative Geschäft mit Tonträgern und Neonazi-Devotionalien oder einfach nur zur Kommunikation in geschützten Chat Rooms – die Nutzungsmöglichkeiten für Gruppen oder Einzelpersonen sind vielfältig und keinesfalls nur auf die trockene Propagandaarbeit beschränkt. Die Entwicklung hat das Gesicht extrem rechter Politik ebenso wie die Handlungsstrategien zwar nachhaltig verändert, dürfte ihren Endpunkt allerdings kaum bereits erreicht haben. Ungeachtet dessen treiben Teile der Bewegung mit Hilfe bereits ein weiteres ambitioniertes Ziel an: internationale Vernetzung.

Einer dieser bislang noch selten in Erscheinung getretenen neuen Fädenzieher hinter den virtuellen Kulissen ist Emmanuel Brun d'Aubignosc, ein gebürtiger Belgier in den Dreißigern, der in Funktion als Webdesigner, Webmaster und strategischer Medienberater für einige der exponiertesten Online-Auftritte des internationalen Rechtsextremismus verantwortlich zeichnet, darunter die British National Party (BNP) oder die französischen extrem rechten Organisationen Front National (FN) und Le Mouvement Social et Patriotique. Bei einem Treffen in Paris 2006 soll Brun d'Aubignosc vom FN-Chef Jean Marie Le Pen persönlich sogar mit der Kreation einer „pan-europäischen Webpräsenz für weiße Nationalisten“ beauftragt worden sein. Zu seinen Vertrauten zählen neben dem BNP-Vorsitzenden Nick Griffin der US-amerikanische Neonazi David Duke aus Louisiana, dessen kompletter persönlicher Internetauftritt ebenso von d'Aubignosc gemanagt wird, wie auch der von David Dukes „European American Unity and Rights Organization“ (EURO). Abgewickelt werden die Kontakte zu den in- und ausländischen Rechtsextremisten über d'Aubignoscs eigene Multimedia-Agentur Upsylon mit Sitz in Brüssel.

Darüber hinaus ist der angeblich wohl betuchte d'Aubignosc auch einer der Mitbegründer und Europa-Koordinator des einschlägig bekannten rechtsextremen Nachrichtenportals „Altermedia“, das im Jahr 2002 als Gegenprojekt zu linksalternativen Mediennetzwerken ins Leben gerufen wurde. Mit dem Untertitel „World Wide News For People of European Descent“ („Nachrichten aus aller Welt für Menschen europäischer Abstammung”) besitzt „Altermedia“ mittlerweile Ausgaben in 24 europäischen Ländern sowie Kanada und den USA. Die Website von „Altermedia International“ verzeichnet pro Tag mehr als 100 000 Besucher und enthält auch diverse Links zu einer Online-Partnerbörse namens „Eurodatelink“, welche ebenfalls über d'Aubignoscs Firma Upsylon abgewickelt wird. Oberste Geschäftsbedingung: „Whites only“. Von dort her rühren auch seine losen Kontakte zu Chris Evans, der auf seiner Website als Kontaktperson für die Partnerbörse in Nordamerika geführt wird. Evans war bis 2005 Anwerber für die mittlerweile aufgelöste Neonazi-Organisation „National Alliance“ sowie Marketingdirektor des hauseigenen Plattenlabels „Resistance Records“. Heute leitet Evans aus Texas den großen rechten Online-Versand für Kleidung und Merchandising „Aryan Wear“.

„Kampf gegen den verlogenen Terroristenstaat Israel“

Öffentliche Auftritte meidet Emmanuel Brun d'Aubignosc, sofern es ihm möglich ist. Über seinen persönlichen Hintergrund ist nur wenig bekannt. Unter dem Namen „Indutiomar“ (eventuell ein Verweis auf den alten keltischen Heerführer Indutiomarus) meldet er sich von Zeit zu Zeit über Postings auf „Altermedia“ oder im Neonazi-Forum Stormfront, in denen auch seine antisemitischen Überzeugungen offengelegt werden. Auf dem „Nordischen Festival“ im schwedischen Schonen, auf dem auch der deutsche Liedermacher Frank Rennicke zu Gast war, hielt d'Aubignosc im letzten Sommer einen Vortrag über die Ziele der internationalen Vernetzung der nationalen rechtsextremen Szenen, nicht zuletzt auch im Kampf gegen den „verlogenen Terroristenstaat Israel“.

Michael Funk

Einblicke

Überkommenes Rollenbild

Die heutige extreme Rechte orientiert sich am Frauen- und Familienbild der NS-Zeit.

Die Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen in den Jahren des NS-Regimes wurde strikt gehandhabt. Berufstätigkeit, vor allem aber die aktive politische Beteiligung galt als Männerdomäne, für die Frauen blieben Kindererziehung und Hausarbeit. In wieweit sich diese Art der Arbeitsteilung auch in der heutigen rechten Szene fortsetzt, wollten die Teilnehmerinnen der Veranstaltung „Die Rolle der Frauen im Nationalsozialismus und in der neuen rechten Szene“ wissen, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des Internationalen Frauentages eingeladen hatte.

Junge Frauen, die sich heute in rechtsextremen Parteien und anderen Organisationen engagieren, spielten eine wichtige Rolle, erklärte die brandenburgische SPD-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Barbara Hackenberg. Allerdings blieben sie oft im Hintergrund, so dass sich auch in dieser Szene der Satz bestätige: „Hinter jedem mächtigen Mann steht eine starke Frau.“ Und, so Hackenberg, in dieser Hinsicht gebe es durchaus Parallelen zur Nazizeit, da auch zwischen 1933 und 1945 viele Frauen ihren Männern durch unterstützende Arbeit den Rücken frei gehalten hätten.

Auf ungewöhnliche Art illustrierten Gisela Elisabeth Marx und Dorrit Bauerecker vom Kölner Kabarett „Generationenkomplott“ die Rolle der Frauen im NS-Staat. Originalpassagen aus zeitgenössischen Rundfunksendungen und vorgetragene Redeauszüge etwa der „Reichsführerin der NS-Frauenschaft“, Gertrud Scholtz-Klink, sorgten im Publikum für verstörende Momente. Beklemmend wirkten aber auch Beiträge, die Kontinuitäten im Frauenbild der Nazi- bis in die Adenauerzeit und teilweise sogar darüber hinaus belegten.

So schrieb etwa die Medizinerin Johanna Haarer während der NS-Diktatur Erziehungsratgeber, die Gehorsam, Zucht und Ordnung schon in der Säuglingspädagogik empfahlen. Diese viel gelesenen Bücher erschienen auch nach 1945 in bereinigter Form – und fanden bis in die 80er Jahre hinein ihre Leser. Die Kinder- und Jugendpsychoanalytikerin Ute Benz wies in der anschließenden Diskussion auf das fortgesetzte Wirken von Haarer hin und schloss die Vermutung an, dass wohl auch heute bei manchen Eltern entsprechende Erziehungsratschläge gut ankämen. „Es gibt eine Sehnsucht nach festen Regeln und Strukturen, die nicht unmittelbar mit der nationalsozialistischen Ideologie zu tun hat, aber im Gegensatz zu demokratischem und emanzipatorischem Geist steht.“

Wie stark sich die heutige extreme Rechte am NS-Frauen- und Familienbild orientiert, erläuterte Margret Seemann (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung in Mecklenburg-Vorpommern. So bringe die aus sechs Männern bestehende NPD-Fraktion im Schweriner Landtag regelmäßig Anträge ein, die die überkommenen Geschlechterrollen der Nazizeit widerspiegelten. „Argumentiert wird rein biologistisch“, so Seemann. „Die Frau ist nach diesen Vorstellungen reines Naturwesen, der Mann der Kulturmensch.“ Die Frauen der rechten Szene selbst würden diese Rollenklischees mittragen, wobei gleichzeitig auffalle, dass Männer und Frauen oft aus unterschiedlichen Motiven in rechtsextremen Organisationen landeten. „Es ist nicht zu übersehen, dass Frauen oft durch Freundschaften oder Beziehungen zu Männern in die Szene kommen und sich dort engagieren – allerdings meistens im Hintergrund.“

Die Teilnehmerinnen der von Esther Lehnert moderierten Podiumsdiskussion waren sich mit der Mehrheit des Publikums einig, dass die Strukturprobleme in den neuen Bundesländern, hohe Arbeitslosigkeit und fehlende Angebote für junge Menschen mitverantwortlich für den Mangel an demokratischem und bürgerschaftlichem Bewusstsein seien. „Die Rechten versuchen, gerade Familien, Kinder und Jugendliche mit speziellen Angeboten zu ködern. Dem müssen wir Projekte entgegensetzen, die junge Menschen gegen Rechts stark machen“, betonte Margret Seemann. Einfache Lösungen, da waren sich die reichlich über hundert Anwesenden einig, gibt es bei diesem Themenkomplex jedoch nicht. Und so sei, erklärte Barbara Hackenberg, die diesjährige neunzigste Jährung des Frauenwahlrechts ein guter Anlass, mehr Sensibilität für das Thema Frauen in der rechten Szene zu entwickeln. *Gudrun Giese*

Blick in die Zeitgeschichte

Blutige Vergangenheit

Die Gebirgsjäger verübten im Zweiten Weltkrieg in Italien und Griechenland besonders grausame Massaker.

„Blutiges Edelweiß“ heißt die vorzügliche Dokumentation des bayrischen Hobbyhistorikers Hermann Frank Meyer über die Geschichte der 1. Gebirgsjäger-Division, die während des Zweiten Weltkrieges in Italien gewütet hat. Die Namen vieler Verdächtiger sind bekannt. Dennoch ist bisher keiner zur Verantwortung gezogen worden. Das könnte sich jetzt ändern. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) von Anfang März hat die Staatsanwaltschaft München I gegen den ehemaligen Leutnant Josef S. der Division Anklage wegen Mordes erhoben. Der Mann ist jetzt 89 Jahre alt und scheint sich bester Gesundheit zu erfreuen. So nehme er regelmäßig an den Traditionstreffen der Gebirgsjäger im bayrischen Mittenwald teil.

Gebirgsjäger galten immer als Elitesoldaten. Im Zweiten Weltkrieg erstürmten sie den Gipfel des sowjetischen Kaukasus, um die Hakenkreuzflagge zu hissen. Töten gehörte nach einer Dokumentation des TV-Senders 3sat vom 3. März 2008 zu ihrem Alltag. Wenn es hieß, ein Gebiet müsse „pazifiziert“ werden, seien Gebirgsjäger ausgeschwärmt, um alle Bewohner der Region zu töten.

Nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad Anfang 1943 befand sich die Wehrmacht überall in der Sowjetunion nur noch auf dem Rückzug. Die 1. Gebirgsjägerdivision wurde nach Norditalien verlegt, um dort den Rückzug der Wehrmacht zu sichern. Das war nicht ungefährlich, wie die Verlustmeldungen bezeugen. Auf der anderen Seite musste die Einheit mit Überfällen von Partisanen rechnen. Die waren in Oberitalien vor allem nach dem Wechsel Italiens von der deutschen auf die Seite der Westalliierten sehr aktiv. So wurde am 26. Juni 1944 eine Patrouille der Gebirgsjäger überfallen, wobei zwei „Jäger“ getötet wurden. Am selben Tag sollen Leutnant S. und sein Vorgesetzter Vergeltung befohlen haben. Ihr fielen zunächst eine alte Frau und drei Männer zum Opfer, die zufällig auf der Straße waren. Danach verhafteten Gebirgsjäger elf Männer, die in einem Haus in die Luft gejagt wurden. Einer überlebte das Massaker. Er war damals 15 Jahre jung und steht nun der Justiz als Zeuge zur Verfügung.

Mit der jetzt erhobenen Anklage ist freilich noch nicht darüber entschieden, ob die 1. Große Strafkammer des Landgerichts München die Anklage zulässt und die Hauptverhandlung eröffnet. In der Vergangenheit ist das in anderen Fällen mehrfach abgelehnt worden, unter anderem mit der Begründung, es handele sich allenfalls um Totschlag und der sei längst verjährt. Nun aber soll Josef S. wegen Mordes vor Gericht. Die zuständige Strafkammer wäre gut beraten, die Hauptverhandlung zuzulassen. Es wäre das erste Mal, dass ein deutscher Soldat wegen Verbrechen an ehemaligen Verbündeten angeklagt würde.

Nachdem in Italien die faschistische Regierung unter Benito Mussolini im Herbst 1943 gestürzt worden war und die neue Regierung sich den Westmächten angeschlossen hatte, nahmen deutsche Einheiten gnadenlose Rache an den Kameraden von einst. Am schlimmsten war es auf der griechischen Insel Kephallonia. Dort ermordeten deutsche Soldaten mindestens 400 Italiener. Weitere 1500 ertranken auf Deportationsschiffen, die auf Minen gelaufen waren. Keiner der deutschen Täter musste sich deshalb unter Mordverdacht verantworten. Das lag nicht nur an der deutschen Justiz. Italienische Staatsanwälte haben auf Weisung von „ganz oben“ die Akten in alten Schränken verschwinden lassen. Man wollte die neuen Beziehungen zur BRD nicht belasten. Als die Akten in den späten 60er Jahren endlich auftauchten, waren die meisten Verbrechen verjährt.

Josef S. hat seine blutige Vergangenheit freilich nie geschadet. Er galt und gilt als honoriger Bürger. Nach 20 Jahren im Gemeinderat wurde er Ehrenkommandant der Feuerwehr und erhielt 2005 die „Bürgermedaille“. Bei jährlichen Treffen des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe“ hat er nie gefehlt – auch nicht 2007. Dass S. im September 2002 von einem italienischen Militärgericht in La Spezia in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist, spielt in einem möglichen Prozess in München keine Rolle. Die Beweisführung muss erneut aufgerollt werden. Ehrenmitglied der „Gebirgstruppe“ ist neben anderen der frühere bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Kommunalpolitischer „Deutschlandpakt“

Düsseldorf – Die nordrhein-westfälischen Landesverbände von NPD und DVU haben für die Kommunalwahl im nächsten Jahr eine gegenseitige Unterstützung vereinbart. Der „erfolgreich praktizierte Deutschlandpakt“ werde bei der Kommunalwahl fortgesetzt, erklärte die NRW-NPD nach einem Treffen von Vertretern beider Parteien. Vereinbart worden sei, in welchen Regionen die NPD und in welchen Regionen die DVU zur Kommunalwahl antreten werde. Die gegenseitige Unterstützung werde sich „neben der eigentlichen Wahlkampfunterstützung auch in Form von Kandidaten für die jeweiligen Listen niederschlagen“. Die NPD setzt dabei nicht nur auf die Zusammenarbeit mit der DVU. Landesgeschäftsführer Claus Cremer will auch die „Kameraden des parteiungebundenen Spektrums“ mit ins gemeinsame Wahlkampfboot holen. Vorreiter bei der kommunalpolitischen Zusammenarbeit beider Parteien waren die Kreisverbände von NPD und DVU in Dortmund, die schon seit Monaten gemeinsam Infostände in den Stadtteilen durchführen. In Dortmund ist die DVU mit drei Mandatsträgern im Stadtrat vertreten. Die NPD verfügt derzeit über Abgeordnete in den Kreistagen des Rhein-Sieg-Kreises, des Märkischen Kreises, des Ennepe-Ruhr-Kreises und des Kreises Heinsberg, außerdem in den Stadträten von Mönchengladbach, Witten, Hattingen, Schwelm und Stolberg. (ts)

Gewalttätiger Familienvater

Schwerin – Der NPD-Funktionär Andreas Theißen muss sich vor dem Schweriner Amtsgericht wegen Nötigung und fahrlässiger Körperverletzung verantworten. Der Verhandlungstermin wurde auf den 27. März verschoben. Theißen ist Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Westmecklenburg und Büromitarbeiter des NPD-Fraktionsvorsitzenden im Schweriner Landtag Udo Pastörs. Der gelernte Zimmermann ist zudem Mitglied im NPD-Bundesordnungsdienst. Vor der NPD-Wahlkampfparty am 17. September 2006 in Schwerin soll Theißen einen Kameramann des NDR tätlich angegriffen haben. Wie Bilder des NDR-Fernsehens belegen, bedrängte und behinderte er später noch in der Schweriner Gaststätte „Radeberger Bierstuben“ einen Fotojournalisten bei der Arbeit. Verhandelt wird aber lediglich der Angriff auf den NDR-Kameramann. Pastörs Gefolgsmann Theißen hatte bereits vorher Kontakt mit der Justiz. Wegen unerlaubten Sprengstoffbesitzes verurteilte das Amtsgericht Hagenow 1999 den fünffachen Familienvater aus Lübtheen zu einer Bewährungsstrafe. (tn)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de